

15. Dez. 1998

Betrifft
Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes, LGBl. 2300
(2. LVBG-Novelle 1998) ; Motivenbericht

| | |
|-------------------------------------|------------------|
| Landtag von Niederösterreich | |
| Landtagsdirektion | |
| Eing.: | 15. DEZ. 1998 |
| Ltg. | 165/L-1 |
| | <i>K</i> Aussch. |

Hoher Landtag!

Zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde eine Anhebung der Gehälter der öffentlich Bediensteten des Bundes in der Weise vereinbart, daß alle Gehalts- und Entgeltansätze (ausgenommen Kinderzulage) zum Termin 1. Jänner 1999 um 2,5 % angehoben werden.

Die Laufzeit des Gehaltsabkommens endet mit 31. Dezember 1999.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Anhebung der Gehaltsansätze für die Landesvertragsbediensteten in gleicher Weise geregelt werden.

Die finanziellen Auswirkungen wurden bei der gleichzeitig vorgelegten 2. DPL-Novelle 1998 berechnet und ausgewiesen.

Da die Gehaltserhöhung im Rahmen der Anhebung der Bezüge beim Bund erfolgt, wurde von einer Begutachtung abgesehen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes, LGBl.2300, (2. LVBG-Novelle 1998), der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluß fassen.

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

Fischer